

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2011

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Gäste,

„Ziele dürfen schwierig, müssen aber auch erreichbar sein.“

Ich finde, dass diese Aussage sehr gut zum vorliegenden Haushalt 2011 passt.

Die Finanzlage vieler privater Haushalte wurde in den letzten Jahren – wie wir alle nur zu gut wissen, gebeutelt durch Kurzarbeit.

Wie man in der Presse gestern entnehmen konnte, eilt das Konjunkturbarometer seit Monaten von Rekord zu Rekord und erreichte nun den höchsten Stand seit 42 Jahren. Die meisten Experten hatten dagegen, wie schon in den Vormonaten, einen leichten Rückgang erwartet, der aber erneut ausblieb. Jetzt blicken wir hoffnungsvoll auf bessere Zeiten.

Aus vorausschauender Politik für die Familien haben wir im Krisenjahr 2010 von einer Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer abgesehen, um den Bürgern erst mal etwas Luft zu lassen.

In diesem Jahr darf man aufgrund der Wirtschaftslage anders agieren.

Die kommunale Selbstverwaltung

Über 90 Prozent der kommunalen Aufgaben sind durch EU, Bund, Land und Kreis vorgegeben. Diese Aufgaben sind strukturell unterfinanziert. So sind etwa im Sektor „Jugend und Soziales“ 76 Prozent der Ausgaben ungedeckt. Dazu kommen die Beiträge für die Lasten der Deutschen Einheit sowie 15 steuerentlastende Gesetze des Bundes in den letzten zwei Jahren, die die kommunalen Finanzierungsgrundlagen massiv belasten.

Aufgrund der gegebenen Handlungsunfähigkeit muss man feststellen:

„Die kommunale Selbstverwaltung steht nicht auf der Kippe, sie ist eine Farce.“
Die Pro-Kopf-Verschuldung des Bürgers in NRW beträgt mittlerweile 24.450 Euro, so viel wie noch nie zuvor.

Dennoch dürfen die schlechten Aussichten nicht zur lethargischen Untätigkeit verleiten.

Im Wissen um die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger und in weitsichtiger Vorsorge für die nachfolgenden Generationen muss die Stadt jeden Strohhalm ergreifen, um wieder Luft zu schöpfen.

Daher ist es geboten:

1. eine Lösung für die Altschulden zu finden.
2. die strukturellen Fehler bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben zu beseitigen sowie dann
3. eigene Anstrengungen für eine Konsolidierung der Finanzlage in Gang zu bringen.

So müssen natürlich alle städtischen Einrichtungen und Leistungen jeweils daraufhin überprüft werden, ob die Einnahmen durch Steuern und Abgaben ausreichen.

Die Kommune hat auf jeden Fall einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf finanziellen Hilfen des Landes.

Die neue Landesregierung hat sowohl im Wahlkampf als auch in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, dass sie Wege suchen will, um dringend notwendige Verbesserungen bei den Gemeindefinanzen zu erreichen.

Wir, die Neuenrader Politiker der im Landtag vertretenen Parteien, haben berechnete Sorge, dass bei der Suche nach Lösungen nur auf hoch verschuldete Städte bzw. Entlastungen für Altschulden geblickt wird.

Das hilft Neuenrade nicht grundlegend. Denn wir waren bis 2009 im Kernhaushalt nahezu schuldenfrei, geraten nun aber durch die Belastungen immer mehr in die Misere. Jahrzehntelanges solides Wirtschaften wird nunmehr im Nachhinein bestraft.

Eine Verfassungsbeschwerde wird von weiteren 142 Städten finanziell und ideell unterstützt. Die Kreise, so auch der Märkische Kreis, haben ihre Solidarität erklärt. Die neue Landesregierung hat eine Stundung der Abrechnung der Einheitslasten bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts angekündigt.

Es ist sicher richtig, dass die Erhöhung der Grundsteuer B alle Bürger trifft.

Aber ist das nicht ein Stück weit gerechter, als wenn man immer nur einen sehr kleinen Teil der Bürgerschaft zur Kasse bittet. Sollten sich nicht alle an der Konsolidierung des Haushaltes beteiligen als nur kulturinteressierte, sportliche Hundebesitzer?

Letztlich leben wir *alle* in dieser Stadt und ich sage bewusst *leben* und nicht nur schlafen. Schließlich wollen wir alle eine ordentliche schöne Wohnsituation, intakte

Straßen, eine funktionierende Infrastruktur, bezahlbare kulturelle Veranstaltungen vor Ort, halbwegs vernünftige Einkaufsmöglichkeiten und natürlich eine Schullandschaft, die attraktiv für Kinder und Eltern ist.

Aber das alles gibt es nicht umsonst!

Keine Erhöhung bei der Kultur in 2011

Da der Preis für das Kulturabonnement erst kürzlich erhöht wurde, finden wir es nicht richtig, in diesem Jahr schon wieder in gleicher Weise zu verfahren.

Das ist zwar immer einfach, aber auch ein Stück weit einfallslos und den treuen Kulturabonnenten, immerhin 300, sicher nicht so ohne weiteres zu vermitteln.

In anderen kulturellen Bereichen, wie z.B. bei Veranstaltungen in der Villa, sehen wir schon ein Sparpotential. Hier könnte man über eine moderate Erhöhung nachdenken. Zum Beispiel: ein drei Stunden langer hochkarätiger Kabarettabend wie kürzlich von Seibel und Wohlenberg waren schon ein super Schnäppchen für 10,00 Euro Eintritt.

Die Bürger benötigen eine Planungssicherheit ihrer Finanzen und nicht eine jährliche Erhöhung, wie die FWG dies fordert.

Sponsoring im Bereich Kultur läuft in Neuenrade bereits seit Jahren.

Hier muss man nach anderen neuen Lösungsansätzen suchen.

Denn es heißt nicht umsonst:

Kultur macht einen arm, aber ohne Kultur wird alles ärmer.

Rechtsstreitigkeit

Sparen könnte die Stadt sicher auch, wenn sie nicht Rechtsstreitigkeiten aufgezwungen bekäme, deren Ziele letztendlich sehr fragwürdig erscheinen. Es müssen immerhin zusätzlich Euro 20.000,00 im Haushalt dafür bereit gestellt werden.

Ratsinformationssystem

Was lange währt, wird endlich gut.

Wir freuen uns, dass unser Antrag, ein Ratsinformationssystem zu implementieren, in welchen Einladungen, Dokumente, Niederschriften und Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse zum öffentlichen Teil dieser Sitzungen recherchiert werden können, im Jahr 2012 umgesetzt wird.

Politik wird durch ein solches System für die Bürger transparenter und zusätzlich ergibt sich für die Stadt dadurch ein Einsparpotential; man denke hier u.a. an die eingesparten Papier- und Personalkosten sowie an Porto- und Zustellkosten.

Volker Listringhaus hatte bereits 2005 einen entsprechenden Antrag gestellt und es war Bestandteil jeweils seiner Haushaltsreden seit diesem Zeitpunkt.
Und auch die SPD hat hier nachgehakt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Synergie-Effekte im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, wie sie zurzeit schon stattfinden, sollen weiter ausgebaut werden.

Wenn das nicht ein paar Einsparvorschläge sind!

Freiwillige Leistungen

Für ihre vorbildlichen Konzepte im Bereich der kulturellen Bildung zeichnete NRW-Kulturministerin Ute Schäfer 2010 zehn NRW Städte und Gemeinden aus, mit dabei war Neuenrade. Wenn das nicht für unsere gute vor allem auch ehrenamtliche Arbeit spricht. Hier sei nochmals Irmhild Hartstein gedankt.

Wenn sogar Ministerin Schäfer meint, dass Neuenrade ein blinkender kultureller Leuchtturm ist, dann muss das stimmen. Denn nach der Auszeichnung 2008 war die Jury auch 2010 überzeugt – Stadtgalerie und das Projekt „Chillsteine“ sind förderungswürdig.

Gerade in klammen wirtschaftlichen Zeiten bilden freiwillige Leistungen der Stadt eine beliebte Spielwiese zur Kosteneinsparung. Diese Leistungen werden immer dann auf den Prüfstand gestellt, wenn es enger wird.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt auf ihre Pflichtaufgaben zu konzentrieren hat, verständlich.

Dank und Anerkennung fürs Ehrenamt

Auch wir haben alle freiwilligen Leistungen durchleuchtet. Innerhalb der Fraktion bestand und besteht nach intensiver Prüfung und Wertung die Meinung, die bisher gewährten Leistungen auch 2011 zum größten Teil fortbestehen zu lassen.

Dies soll gleichzeitig Dank und Anerkennung der in diesen Bereichen geleisteten ehrenamtlichen Leistungen darstellen.

Selbstverständlich muss jedes Jahr eine Neubewertung der Haushaltssituation angestellt werden.

Forderung nach Tempozone 30 in allen Wohnbereichen

Als eine junge Familie mit kleinen Kindern vor einigen Jahren den Antrag stellte in der Lessingstraße eine Tempozone 30 einzurichten, wurde dies abgelehnt. Ebenso in anderen Bereichen des Wohngebietes „Im Hahn“.

Nun hat sich die Neuenrader Mehrheitspartei der Angelegenheit angenommen.

Wir Liberale identifizieren uns parteiübergreifend mit diesem Ansinnen und setzen uns darüber hinaus für eine generelle Tempozone 30, ohne Ausnahmen, in allen Wohngebieten unserer Stadt ein.

Förderung junger Familien

Im Hinblick auf den demographischen Wandel ist es gerade, umso wichtiger, jungen Familien Perspektiven sowohl im Bereich der Beschäftigung vor Ort als auch in der Familienpolitik zu geben.

Kita

„Wer einem die Suppe einbrockt, muss sie auch auslöffeln“.

Bis 2013 soll für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren ein Krippenplatz zur Verfügung stehen. So will es die Berliner Politik.

Städte müssen den Kita-Ausbau nicht bezahlen. Endlich ist es Wirklichkeit geworden. Die Städte in NRW müssen künftig vom Land mehr Geld für den gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau der Kleinkinderbetreuung erhalten.

Der Verfassungsgerichtshof in Münster urteilte am 12.10.2010, dass die bisherige Regelung über die Zuständigkeit mit der Landesverfassung nicht vereinbar sei und das Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletze.

Wir fragen uns, warum müssen in den letzten Jahren immer mehr Entscheidungen von Richtern entschieden werden.

Motte statt Scherbenhaufen

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe teilt mit: „Die hölzerne 25 Meter hohe Turmhügelburg mitten in Herne, das inoffizielle Wahrzeichen der sehr erfolgreichen Mittelalter-Ausstellung „AufRuhr 1225“ sagt auf Wiedersehen. Die Motte wird abgebaut und an neuer Stelle wieder aufgebaut – in Neuenrade im Märkischen Kreis.

Im Gegensatz zu der vor Jahren vorgetragenen Idee eines Scherbenhaufens auf dem Kohlberg identifizieren sich sicherlich die Neuenrader Bürger mit dem Nachbau einer historischen Turmhügelburg, wie sie wohl ähnlich in der Wasserburg Gevern ausgestaltet gewesen ist.

Wir hoffen, dass die Motte nicht nur durch die leider in allen Bereichen zu beobachtenden Zerstörungstätigkeiten in Mitleidenschaft gezogen wird und die Unterhaltungskosten in den nächsten Jahren überschaubar bleiben.

Verbesserte Schullandschaft

Vier starke Dörfer, eine starke Stadt – auf dem Weg zu einer Schule mit gymnasialen Standards. Und alle gehen diesen Schritt mit. Eltern, Schüler, die Verwaltung und die Politik.

Die aktuellen Anmeldezahlen sprechen für sich. Auch die Nachbargemeinde muss dies nun feststellen.

Drastischer Anmelderückgang von Schülern aus Neuenrade an der Real- und Gesamtschule Werdohl.

Es war genau der Schritt in die richtige Richtung.

Wenn das kein Zeichen zum Wohle unserer Kinder ist: wohnortnahe Schule der Zukunft mit individueller Förderung und somit auch ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt auch für die nächsten Generationen.

Haushaltszustimmung

Das Ziel, nämlich wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können haben wir sicher noch nicht erreicht.

Mit den nun geplanten Maßnahmen der Gebührenerhöhungen kommen wir dem vielleicht ein Stückchen näher. In jedem Fall müssen wir hart daran arbeiten.

Die FDP-Fraktion stimmt hiermit dem Haushalt 2011 zu.

Insgesamt haben wir nur eine Chance zu bestehen, wenn alle Bürger, Gruppen und Vereine wie bisher – unabhängig von der politischen Grundeinstellung – sich gemeinsam mit Idealismus für unsere Stadt einsetzen.

Ich danke im Namen der FDP-Fraktion den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister für ihre ausgesprochene erfolgsorientierte und solide Arbeit.

Zwei Anmerkungen seien mir noch erlaubt:

- Das Auf den Weg bringen der Gemeinschaftsschule durch die Kommunalpolitik, auch entgegen übergeordneter parteipolitischer Interessen auf höherer Ebene, haben gezeigt, wie viel man gemeinsam erreichen kann, wenn Profilierungssucht und Eigeninteressen nicht im Wege stehen. Und das sage ich aus aktuellem Grund.
- Politik, sehr geehrte Damen und Herren der FWG, wird nicht dadurch transparenter, indem man Vorschläge der Verwaltung als eigene ausgibt und dann in der Presse veröffentlicht.

Auch von Behauptungen ohne entsprechende Nachweise machen die Politik für den Bürger nicht durchschaubarer.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,
ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.